



Berlin, 24. Februar 2022

Tätigkeitsbericht der Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf

für 2021 bis Februar 2022

Die Seniorenvertretung (SV) Marzahn-Hellersdorf übt ihre Tätigkeit auf Grundlage des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes von 2006 aus, das 2016 überarbeitet wurde.

Darin heißt es:

„Die Gremien der Seniorenmitwirkung berichten der zuständigen Verwaltung über ihre Tätigkeit jährlich in geeigneter Form.“ (§ 3 a Seniorenmitwirkungsgremien (4))

Im vergangenen Jahr haben wir unseren Bericht nur in Schriftform vorgelegt.

Auch uns hat Corona in unserer Arbeit beeinträchtigt. Dennoch ist bei uns keine Sitzung ausgefallen. Wenn sie nicht als Präsenzsitzung stattfinden konnte, führten wir Videokonferenzen durch, an denen die Mehrzahl unserer Mitglieder teilnahm. Mit dieser Arbeitsweise waren wir eine der wenigen, wenn nicht die einzige Seniorenvertretung Berlins.

Ein Schwerpunkt war die Berliner Seniorenwoche im August des vergangenen Jahres. Allerdings waren wir nicht bereit, an der zentralen Veranstaltung im Britzer Garten teilzunehmen. Zum einen waren wir der Auffassung, dass diese Veranstaltung nach etlichen Jahren auch einmal im Ostteil der Stadt durchgeführt werden sollte, schließlich haben wir die „Gärten der Welt“. Zum anderen waren wir nicht bereit, eine solche Entfernung in sommerlicher Hitze zurückzulegen. Wir hielten es für wesentlich effektiver, das Anliegen dieser Woche zu nutzen und Informationsstände in Verbindung mit den Veranstaltungen unserer Stadtteilzentren anlässlich der Seniorenwoche durchzuführen. Wir nahmen das Angebot von vier Stadtteilzentren an und informierten dort über die Seniorenvertretung und deren Wahlen in diesem Jahr.

Digitalisierung ist seit längerer Zeit bereits einer unserer Arbeitsschwerpunkte. Auf diesem weiten Feld ist noch lange nicht alles so, wie wir uns das für die Seniorinnen und Senioren wünschen. Die bisherigen Vorschläge, Forderungen, Lösungsansätze waren nicht, wie wir erhofft hatten. Wir haben leider nicht die erhoffte Resonanz erhalten und die erwarteten Ergebnisse erzielt. Wir haben die Adressaten nicht erreicht! Leider! Wir haben uns davon aber nicht entmutigen lassen. Unser Ziel, eine gesicherte Teilhabe der Seniorinnen und Senioren am Prozess der immer weiter fortschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche mit zu gestalten, haben wir weiter im Focus.

Auch versuchen wir immer wieder, unsere Vorstellungen mit eigenen Initiativen umzusetzen. So wurde auf unsere Anregung hin eine Möglichkeit geschaffen, im Stadtteilzentrum KOMPASS aktive Unterstützung bei der Buchung von Impf-Terminen gegen Covid-19 zu geben.

Mindestens die Hälfte unserer Mitglieder hat sich an der digitalen Befragung zur Evaluierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes beteiligt. Mit dem Verfahren dieser Befragung waren wir allerdings nicht zufrieden.

Eine Möglichkeit der Seniorenvertretung, die Anliegen der Seniorinnen und Senioren zu vertreten ist es, die Parteien auf Probleme aufmerksam zu machen, Anfragen zu politischen Entscheidungen zu stellen und diese so beeinflussen zu können. Deshalb haben wir vor der Wahl im vergangenen September den Fraktionen unserer BVV im August einige Fragen zukommen lassen. Antworten haben wir leider nicht bekommen.

Vorsitzende
Petra Ritter

Stellv. Vorsitzender
Wolfgang Emanuel

Finanzbeauftragte

Schriftführerin
Gisela Wandel

Im vergangenen Juli wurden die Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik und ein Maßnahmenkatalog dazu vom Abgeordnetenhaus beschlossen. Zur Erörterung hatten wir uns einen kompetenten Referenten eingeladen.

Wir richten unser Augenmerk auf die Leitlinie 3:

„Für die Teilhabe älterer Menschen sind die räumlichen Bedingungen zu schaffen. Dies beinhaltet den Erhalt und den Ausbau vielfältiger, altersgerechter Wohnformen und die Sicherstellung eines altengerechten Wohnumfeldes zu schaffen.“

Ohne die im Maßnahmenkatalog geforderte Ermittlung können wir einen Punkt nennen: Hier gibt viele sogenannte 5-Geschosser, die eigentlich 6-Geschosser sind, bei denen aber die Erdgeschosse nicht als Etage zählen. Demzufolge müssen sie keinen Aufzug haben. Einige wenige Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften haben reagiert und Aufzüge nachgerüstet. Die Mehrheit reagiert aber nicht. So sind viele Ältere gezwungen umzuziehen, weil sie Probleme mit dem Treppensteigen haben, und müssen so finanzielle Nachteile in Kauf nehmen.

Zum barrierefreien Wohnumfeld gehört auch die Verkehrsinfrastruktur, und es soll der barrierefreie Ausbau aller Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs erfolgen.

Wenn die U-Bahnhöfe von Marzahn-Hellersdorf erst Aufzüge bekommen sollen, wenn alle anderen barrierefrei sind, ist das nicht akzeptabel. Unsere U-Bahn-Stationen mit **Rampen sind keineswegs barrierefrei**. Sie sind zu DDR-Zeiten entstanden und entsprechen nicht der jetzt geforderten Norm. Sie sind zu steil und von Rollstuhlfahrer*innen, die ihre Rollstühle manuell bedienen, nicht zu bewältigen, und von anderen Menschen mit Handicap nur unter Mühe. Hinzu kommt, dass der U-Bahnhof Elsterwerdaer Platz Umsteigepunkt zu den Bussen in Richtung UKB und ARONA Klinik (Geriatrische Klinik) ist. In der Nähe des U-Bahnhofs Kaulsdorf Nord befinden sich zwei Pflegeheime.

Zur Lösung dieser Probleme müssen wir natürlich die politischen Akteure in unserem Bezirk ansprechen. Vorerst haben wir uns an die Landesseniorenvertretung und den Landesseniorenbeirat gewandt und diesbezügliche Schreiben auch noch an andere Personen und Institutionen weitergereicht. Wir sehen unsere Aufgabe auch darin, solche Probleme erst einmal ins öffentliche Bewusstsein zu bringen und auf Lösung zu drängen. Diese Aufgabe geben wir an die kommende Seniorenvertretung weiter, denn am 7. März tagt die bestehende zum letzten Mal. Am 28. März wird die Berufung der neuen Mitglieder erfolgen. Immerhin, sieben Mitglieder der bestehenden Seniorenvertretung kandidieren erneut und möchten ihre Mitarbeit dann in der neu berufenen Seniorenvertretung fortsetzen.

Davor aber liegt noch die Wahl, und wir bitten alle, die über 60 Jahre alt sind, die Kandidaten für die kommenden Seniorenvertretung zu wählen, bzw. im Freundes- und Bekanntenkreis darauf hin zu wirken, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, entweder per Briefwahl oder in den Wahllokalen vom 14.-18. März.